

21.06.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!

I. Ausgangslage

„Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“, heißt es in der Definition der Bundesressorts¹. Im Sinne der EU-Richtlinie 2008/114/EG ist eine kritische Infrastruktur eine „[...] in einem Mitgliedstaat gelegene Anlage, ein System oder ein Teil davon, die von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen, der Gesundheit, der Sicherheit und des wirtschaftlichen oder sozialen Wohlergehens der Bevölkerung sind und deren Störung oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf einen Mitgliedstaat hätte, da diese Funktionen nicht aufrechterhalten werden könnten.“²

Die Schließungen von Schulen sowie das Betretungsverbot und später der eingeschränkte Betrieb von Kindertageseinrichtungen in den Hochphasen der Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass – neben ihrer völlig unbestrittenen Bedeutung für das Kindeswohl – auch ihre systemische Relevanz für das staatliche Gemeinwesen stärker ins Bewusstsein von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gerückt ist. Grund hierfür war, dass durch die Schließungen auch Engpässe und Beeinträchtigungen von Organisationen und Einrichtungen der KRITIS drohten.

In einer wissenschaftlichen Studie für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat der renommierte Professor für Notfallvorsorge und Psychosoziales Krisenmanagement, Prof. Dr. Harald Karutz, festgestellt, dass die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland direkt oder indirekt von der Funktionsfähigkeit unseres Bildungswesens abhängig sei. Schließlich wirkten sich die Krisensituationen in Bildungseinrichtungen nicht nur auf die Kinder, Jugendlichen, Lehrkräfte sowie die multiprofessionellen Teams und Mitarbeitenden in den Schulen aus. Auch die jeweiligen Eltern bzw. Sorgeberechtigten sowie das weitere soziale und berufliche Umfeld der Familien seien durch die Beeinträchtigungen solcher Krisensituationen betroffen. So könnten Elternteile, die z.B. ganz- oder halbtätig die Kinderbetreuung leisten müssen, nur noch eingeschränkt ihrer eigentlichen Erwerbstätigkeit nachkommen. Hierdurch wiederum könne es in wichtigen Bereichen der kritischen Infrastruktur, wie zum Beispiel dem

¹ https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Kritische-Infrastrukturen/kritische-infrastrukturen_node.html

² <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:345:0075:0082:DE:PDF>

Gesundheitswesen, der Energie-, Strom- und Lebensmittelversorgung oder dem Katastrophenschutz zu personellen Engpässen kommen.³

Neben diesen ökonomischen bzw. volkswirtschaftlichen Auswirkungen habe die Corona-Pandemie laut Prof. Dr. Karutz aber insbesondere auch gezeigt, wie sich die Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit des Bildungswesens schon nach kurzer Zeit erheblich auf die physische und psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen auswirken. Neben der Verletzung fundamental bedeutsamer Rechte von Kindern und Jugendlichen führt Prof. Dr. Karutz die Verschärfung von Bildungsungerechtigkeiten sowie die Gefährdung von Bildungsabschlüssen als Beispiele an. Die Folgen dessen könnten aus seiner Sicht Benachteiligungen im internationalen Wettbewerb, die Gefährdung von gesellschaftlichem Wohlstand und Wohlergehen sowie nicht zuletzt auch eine politische Destabilisierung sein.

Verstärkt wird diese Einschätzung auch durch einen Kommentar von 43 namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Ad-Hoc-Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“ vom 13. April 2020. Darin heißt es: „Von einer monatelangen Schließung der Kindertageseinrichtungen wären Kinder im Alter zwischen einem und vier Jahren und ihre Familien in vielerlei Hinsicht betroffen. Aus entwicklungspsychologischer Perspektive sind vor allem der Wegfall des Kontakts zu anderen Kindern und die dadurch fehlenden Möglichkeiten zum sozialen Lernen zu bedenken; aus lernpsychologischer Perspektive das Fehlen von pädagogischen Anregungen. Hieraus erwachsen vor allem für Kinder Nachteile, deren Familien keine entsprechenden Angebote machen können und für die frühe Förderung besonders wichtig ist. Viele Kinder mit geringen Deutschkenntnissen werden über mehrere Monate kaum Kontakt zu deutschsprachigen Kindern und Erwachsenen haben. Zudem können fehlende Strukturen im Alltag und die kaum vorhandenen Ausweichmöglichkeiten das Konfliktpotential in der Familie erhöhen. Dies bringt für Familien ein hohes Belastungspotential mit sich und ist nicht nur in gravierenden Fällen, in denen diese Situation zu Gewalt führt, sondern für alle Familien ein ernstzunehmendes Problem.“⁴

Das zeigt deutlich, welch hohen Stellenwert die frühkindliche Bildung für die Entwicklung, das gesunde Aufwachsen und den Schutz von Kindern in jungen Jahren hat. Gerade letzteres hatten mehr als 130 Kinderschützer/-innen sehr früh nach den Schließungen der Einrichtungen eingefordert.⁵

Der Corona-Experten/Expertinnen-Rat der Bundesregierung hat erst kürzlich in seiner 11. Stellungnahme dazu angeraten, dass sich Bund und Länder bereits jetzt auf eine mögliche neue Corona-Welle im kommenden Herbst vorbereiten. Dazu gehöre auch, die „Etablierung einer grundsätzlichen Strategie zur Planung von Unterrichts-, Organisations- und Betreuungsformen in Schulen und Kitas unter Pandemiebedingungen“ sowie die „(s)ystematische Erhebung des Digitalisierungsgrades der Schulen und Etablierung innovativer Unterrichtsformen“.⁶

Vor diesem Hintergrund muss die nordrhein-westfälische Landesregierung jetzt alle notwendigen Vorkehrungen treffen, um einen geregelten und sicheren Schul- und Kitabetrieb im kommenden Herbst und Winter zu gewährleisten. Die Offenhaltung der Kitas und Schulen hat

³ https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/FiB/FiB-31-vulnerabilitaet-bildungswesen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

⁴ https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/efp/News_EFP/Kommentar_zur_Leopoldina-Stellungnahme_mit_Unterzeichnenden.pdf

⁵ https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/2020/Appell_Kinderschutz.pdf

⁶ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/2048684/0e393c7cf5d2b3a556fa6a8df6352d11/2022-06-08-stellungnahme-expertinnenrat-data.pdf?download=1>

dabei oberste Priorität. Das gilt insbesondere mit Blick auf das Kindeswohl. Die Schließung von Schulen und Kitas während der Pandemie hat schließlich gezeigt, dass ein Lockdown des Bildungswesens nicht nur Unterrichtsausfall erzeugt, sondern zu nicht hinnehmbaren Kettenreaktionen führt – mit den erwähnten erheblichen sozialen, psychischen und strukturellen Folgen. Das gilt aber eben auch mit Blick auf die Sicherstellung von gesellschaftlich und systemisch relevanter Infrastruktur.

Aus diesem Grund waren sich die SPD-Fraktion sowie die Fraktion der GRÜNEN im Landtag NRW in der 17. Wahlperiode in der fachlichen Einschätzung einig, dass Schulen zur kritischen Infrastruktur erklärt werden müssen.⁷ Auch Schulministerin Yvonne Gebauer hatte sich im Rahmen der Debatte dafür ausgesprochen, dass Schulen als systemrelevant einzustufen seien.⁸

Vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Relevanz unseres Bildungswesens gilt es deshalb, die allgemeinbildenden Schulen im Primar- und Sekundarbereich als KRITIS zu definieren und die nötigen Entwicklungsschritte hierfür einzuleiten. Eine solche Definition hätte zur Folge, dass der Unterricht auch bei vermehrten Quarantäneausfällen aufrecht zu erhalten ist und entsprechende Aus- und Notfallpläne ins Schulmanagement zu integrieren sind. So hat es auch Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger bereits gefordert.⁹ In Analogie hierzu müssen insbesondere die Förderschulen und auch Kindertagesstätten Berücksichtigung finden und ebenfalls zur kritischen Infrastruktur gezählt werden.

Unabhängig hiervon muss wissenschaftlich geklärt werden, inwiefern weitere Bereiche des breitgefächerte Bildungswesens zu einer kritischen Infrastruktur erklärt werden sollten. So sollten beispielsweise auch die Berufskollegs oder der zweite Bildungsweg in den Blick genommen und hinsichtlich ihrer Vulnerabilität und Kritikalität wissenschaftlich auf ihre Relevanz als kritische Infrastruktur untersucht werden.

In diesem Zusammenhang muss auch die Resilienz bzw. Krisenfestigkeit des Bildungswesens insgesamt erhöht werden. Einem umfassenden Bildungsverständnis und den Empfehlungen aus der Wissenschaft folgend müssen neben der Verbesserung der Digitalisierung und der technischen Ausstattung von Schulgebäuden, die Zusammenarbeit mit Eltern intensiviert, die Krisenkompetenz von Lehrkräften im Rahmen von Fortbildungen gestärkt und pädagogische Konzepte, die sich mit der Krisenbewältigung befassen, entwickelt werden. Damit dies gelingen kann, müssen außerschulische Lernorte, pädagogisches Personal aus Kultur-, Sport-, Umwelt-, und Jugendhilfeeinrichtungen verstärkt in Kooperationen mit unseren Schulen eingebunden werden, um kleinere Lerngruppen zu ermöglichen. Neben den institutionalisierten Bildungseinrichtungen muss zudem die Jugendarbeit verstärkt hybrid oder digital durchführbar sein. Träger, die hier bereits Erfahrungen gesammelt haben, müssen in ihrem Vorhaben weiter unterstützt werden und auf der anderen Seite auch als Good-practice-Beispiele für den weiteren Ausbau von hybrider und digitaler Jugendarbeit fungieren.

Die Umstellung auf eine pandemische Lage muss im Bildungswesen konzeptionell und strukturell vorbereitet, eingeübt und dann – wie bei einem Feueralarm – je nach Lage umgesetzt werden können. Dafür sind die nötigen Unterstützungsmaßnahmen und Entscheidungen einzuleiten.

II. Der Landtag stellt fest, dass

⁷ https://www.wz.de/politik/schulen-als-kritische-infrastruktur-das-sagen-gruene-und-spd-in-nrw_aid-65018577

⁸ https://www.wz.de/politik/nrw-schulministerin-gebauer-schulen-sollen-systemrelevant-sein_aid-65048489

⁹ <https://www.tagesschau.de/inland/schulbeginn-vorkehrungen-corona-101.html>

- Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Schulen eine gesamtgesellschaftliche Relevanz für erfolgreiche Krisenbewältigung haben;
- die Corona-Pandemie gezeigt hat, dass die Funktionalität des Bildungswesens einen erheblichen Einfluss auf die physische und psychische Gesundheit unserer Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien hat;
- Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit des Bildungswesens Bildungsungerechtigkeiten verschärfen und Bildungsabschlüsse gefährden;

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Kindertagesstätten, die allgemeinbildenden Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie die Förderschulen zu einer sogenannten „kritischen Infrastruktur“ erklärt werden und die entsprechenden Vorbereitungen in die Wege zu leiten;
- einen Krisenplan für Kindertagesstätten und Schulen zu entwickeln;
- in der Folge auf Grundlage eines umfassenden Bildungsverständnisses und der bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse ihre Krisenfestigkeit zu verbessern – hierzu zählen folgende Maßnahmen:
 - o eine Verbesserung der Digitalisierung, z.B. durch Ausstattung und Förderung der digitalen Infrastruktur in den Kitas und die Sicherstellung eines digitalen Endgeräts im Rahmen der Lernmittelfreiheit und der technischen Ausstattung der Schulgebäude, z.B. durch den gigabitfähigen Breitbandausbau;
 - o eine Verbesserung der Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Luftfiltern und Waschbecken, sowie Testangeboten und Masken;
 - o Entlastung in Kitas und OGS durch die Fortführung und strukturelle Verankerung von Alltagshelfern zu schaffen;
 - o ein Konzept zur Einbindung außerschulischer Lernorte und weiteren pädagogischen Personals, um kleinere Lerngruppen bilden zu können;
 - o eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Eltern;
 - o eine Etablierung von Krisenbeiräten an den Schulen, in denen Entscheidungen gemeinsam mit Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern und Schülerinnen und Schüler besprochen werden, damit ihre individuellen Bedarfe und Bedürfnisse gehört werden;
 - o einen Ausbau und die Stärkung von Schulsozialarbeit, Schulseelsorge und Schulpsychologie, um auch in Krisenzeiten mehr Unterstützungsangebote machen zu können;
 - o eine Stärkung der Krisenkompetenz von pädagogischen Fachkräften durch entsprechende Fortbildungen;
 - o eine Entwicklung pädagogischer Konzepte, die die Krisenbewältigung als Bildungsthema thematisieren;
- einen wissenschaftlichen Forschungsauftrag zu erteilen, in dem geprüft wird, welche weiteren Bereiche des breitgefächerten Bildungswesens (über Kitas und Schulen hinaus) zur kritischen Infrastruktur zählen sollten.
- Kinder- und Jugendarbeit auch in Krisenzeiten zu ermöglichen und ihre Einrichtungen dauerhaft zu sicheren Orten zu machen. Dafür müssen die Einrichtungen mit der entsprechenden technischen Infrastruktur (Luftfilter und digitale bzw. hybride Technologie) und Testmöglichkeiten ausgestattet werden.
- Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an den Beratungen zur Sicherung der Bildungs- und Freizeitstätten für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Es dürfen nicht mehr nur Experten über Kinder- und Jugendliche reden, sondern Vertreter/-innen dieser Generation. Dafür müssen Beteiligungsformen und Möglichkeiten in der Kita, Schule und Freizeit geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion